



Offene Stadt

Beim Streit um Straßensperren kommen Lösungen in Sicht

Kaum eine Entscheidung der Kommunalpolitik führt in der Öffentlichkeit zu heftigeren Diskussionen als die Sperrung wichtiger Durchgangsstraßen. Autofahrer – und das sind vor allem Coesfelder selbst – klagen über umständliche und weite Wege, und die Anlieger der Nachbarstraßen reagieren besorgt bis empört über den Verkehr, der ja nicht verschwindet, sondern sich neue Wege sucht.



Die nordwestliche Innenstadt:

Was gilt ein Bürgerentscheid?

Marienring und Basteiring bilden eine wichtige innerstädtische Durchgangsstraße, und das ist für die Anwohner nicht immer angenehm. Manche Anlieger klagen über Raser oder ein zu hohes Verkehrsaufkommen, andere erinnern sich aber auch an die Zeiten, als sogar der Lkw-Verkehr über den Ring geführt wurde, und halten die Situation für vergleichsweise akzeptabel. Wie auch immer: Gegen vernünftige Formen der Entlastung hat eigentlich niemand etwas einzuwenden.

Einen Versuch, den kompletten Durchgangsverkehr mittels Sperrungen aus der nordwestlichen Innenstadt herauszuhalten, hat die Coesfelder Bürger-

schaft allerdings nicht akzeptiert. Bei einem Bürgerentscheid stimmte 2006 eine deutliche Mehrheit für die Offenhaltung der Innenstadt. Die Bürger haben einen Ratsbeschluss kassiert – und es ist guter demokratischer Brauch, daran nicht mehr zu rütteln, auch nicht nach Ablauf der gesetzlichen Zwei-Jahres-Frist. Seltsam, dass dann ausgerechnet die Coesfelder SPD darauf drängte, die Entscheidung der Bürger schnellstmöglich wieder aufzuheben: den Verkehr noch einmal zu zählen und die Durchfahrtswege gleich auch (unabhängig vom Ergebnis der Zählungen) „provisorisch“ abzuriegeln.

Pro Coesfeld, von jeher ein Gegner kompletter Sperrungen, freute sich in der Debatte über ungewohnte Schützenhilfe: Auch die neue CDU-Fraktion erklärte, man habe den Bürgerentscheid zu akzeptieren und dürfe nicht die falsche Hoffnung wecken, eine Reduzierung des Durchgangsverkehrs sei ohne eine Belastung anderer Straßen möglich.

Und das Ergebnis? Das entspricht zwar momentan noch nicht ganz den Vorstellungen der Wählergemeinschaft (weil der alte Vorschlag zur Sperrung an Kapuzinerstraße und Basteiring bis dato noch nicht vom Tisch ist), die endgültige Entscheidung aber wurde vertagt. Denn die Verwaltung prüft zunächst nur, ob der Durchgangsverkehr reduziert werden kann, ohne die nordwestliche Innenstadt abzubinden – und ohne den Verkehr in andere Straßen abzudrängen. Da darf man gespannt sein. Dass mittlerweile die Vertreter der betroffenen Nachbarschaften in diese Diskussion einbezogen werden, ist jedenfalls sehr begrüßenswert. Klugen Anregungen zur Entlastung von Marienring und Basteiring wird sich auch die Wählergemeinschaft nicht verschließen, einer Rücknahme des Bürgerentscheids wird Pro Coesfeld aber nicht zustimmen.

Die Reiningstraße:

Neuer Rat kippt alten Beschluss

Pro Coesfeld hatte von Anfang an gewarnt, die „alte“ CDU-Fraktion aber stand begeistert hinter diesem Projekt, und die anderen Fraktionen waren sich damals rasch einig: Die Reiningstraße sollte gegen die Empfehlungen eines Verkehrsgutachtens zur Tempo-30-Zone werden – und damit waren drastische Eingriffe unausweichlich. Bei einer Bürgeranhörung habe sich die Mehrheit der Anlieger für eine Sperrung im Kreuzungsbereich Oldendorper Weg/Haugen Kamp ausgesprochen, so hieß es: aber immerhin nur probeweise für ein halbes Jahr. Pro Coesfeld blieb skeptisch, beugte sich aber dem Bürgerwillen.

Dann kam, was vorauszusehen war: Die einen beklagten, dass viele Fahrer das Verbot schlicht ignorierten; andere störten sich daran, dass Fahrzeuge in den Oldendorper Weg und Haugen Kamp auswichen, dort wendeten und dann „korrekt“ in die Reiningstraße zurückkehrten. Der DJK berichtete von erheblichen Behinderungen beim Sportbetrieb, und der Kirchengemeinde Anna Katharina fehlte ein wichtiger Verbindungsweg.

Diesen Klagen mochte sich auch die neue CDU-Fraktion nicht verschließen; schon im Frühjahr 2010 wollte man den Beschluss der eigenen Vorgänger wieder kippen. Differenzen über eine Verschärfung des versetzten Parkens führten damals zum Patt. Im September brachte dann Pro Coesfeld das Thema erneut in den Planungsausschuss: als Antrag, die „Durchgängigkeit der Reiningstraße“ wiederherzustellen, ergänzt um einen Vorschlag, wie man im Sinne der Anwohner Tempo 30 mindestens in Teilbereichen beibehalten könne. Große Streitigkeiten oder gar die Ablehnung eines Pro-Coesfeld-Antrags aus Prinzip gab es jetzt nicht mehr: Der Sprecher der CDU signalisierte Übereinstimmung und plädierte für „kreative Kompromisse“, und der Erste Beigeordnete stellte klar, dass man Vorschriften, die von den Menschen nicht akzeptiert werden und die niemand mit Zwangsmitteln

durchsetzen kann und will, wohl am besten wieder aufhebt. Und die Pro Coesfelder? Reiben sich verwundert die Augen und freuen sich, dass manche ihrer Positionen im neuen Rat tatsächlich mehrheitsfähig werden.

In eigener Sache

Fünf Jahre lang hat die Pro Coesfelder Rundschau die Politik der Kreisstadt begleitet – kritisch, engagiert, manchmal kämpferisch und manchmal ruhig und sachlich. Nach einer kleinen Pause erscheint die Rundschau nun im neuen Gewand.

Hat sich etwas geändert in Coesfeld? Bei der Kommunalwahl 2009 haben sich die Gewichte im Rat zwar nicht grundlegend verschoben, aber immerhin gibt es dort viele neue Gesichter. Fairerweise wollte sich da auch die Rundschau zunächst mit einem Urteil zurückhalten. Mittlerweile aber darf man ein erstes Resümee ziehen. Und da gibt es einige begrüßenswerte Entwicklungen: Pro Coesfeld, nach wie vor auf hohem Niveau zweitstärkste Fraktion, hatte fünf Jahre lang erlebt, wie es ist, wenn man „allein gegen alle“ steht. Diese Konfrontation scheint weitgehend verschwunden zu sein. Das zeichnete sich schon ab, als auch Grüne und FDP gemeinsam mit Pro Coesfeld den Haushalt 2010 kritisierten und ablehnten. Und die CDU? Sie hat fast die komplette Fraktion ausgetauscht und gegenüber 2004 ein Mandat hinzugewonnen. Wofür die neue – und kommunalpolitisch naturgemäß noch unerfahrene – Mannschaft steht, bleibt allerdings noch relativ unklar: Neue und originelle Konzeptionen für die Zukunft der Stadt waren bisher noch nicht zu erkennen. Immerhin: Die „alte“ CDU hatte ihre Niederlage fünf Jahre lang nicht verwunden und vor allem die Konfrontation gesucht. Die „neue“ CDU scheint offener für Sachargumente und scheut sich bisher nicht, einleuchtende Anträge auch der Pro Coesfelder mitzutragen. „Wird die Wählergemeinschaft am Ende gar nicht mehr gebraucht?“ fragten einige Mitglieder da schon besorgt. Nein, diesen Eindruck haben die Aktiven nun wirklich ganz und gar nicht. Aber dass manche unschönen Scharmützel aus den Ausschüssen verschwunden sind und ernsthafte Gespräche möglich wurden, nützt der Politik insgesamt: So hatte sich Pro Coesfeld das eigentlich schon immer vorgestellt.

Neustart beim Museum

Eine Stadt, die auf sich hält und die auch etwas vorzuweisen hat, braucht ein Museum: als Stätte der Erinnerung, an der man den Menschen von heute Herkunft und Tradition vermittelt und städtische Identität stiftet. Das Coesfelder Stadtmuseum im Walkenbrückentor leistete das alles zwar, wirkte aber schon seit längerem nicht mehr so recht zeitgemäß.

Groß war daher die Begeisterung, als engagierte Fachleute 2006 ein komplettes Neukonzept entwarfen – bis hin zu einem Baueisenplan und ersten Sponsorenzusagen. Das neue Konzept weckte ein beispielloses Bürgerengagement: Etliche Ehrenamtliche trafen sich in Arbeitskreisen und brannten förmlich

darauf, bei der Neugestaltung des Museums tatkräftig Hand anzulegen. Die finanzielle Belastung der Stadt sollte gering bleiben; dafür würde nicht zuletzt ein Förderverein sorgen. So die Ideen, die über Parteigrenzen hinweg Lob fanden – und bei einem Museumsfest zum Auftakt der Neugestaltung warben Mitglieder von CDU und Pro Coesfeld einträchtig für die gute Sache. Grünes Licht zum Umbau des Museums gab der Rat im September 2006; ein halbes Jahr später bewilligte der Kulturausschuss 21.000 €. Das alte Museum wurde geschlossen und ausgeräumt, Förderanträge wurden formuliert – doch vieles, was erfolgreich angestoßen war, kam dann nicht mehr in Gang: Die Arbeitskreise trafen sich nicht mehr, ein Förderverein schien nicht nötig, doch dafür explodierten die Kosten: 2008 war plötzlich von 400.000 € Eigenanteil und

von 900.000 € Gesamtkosten die Rede – Kosten, die weit über alles hinausgingen, was die Beteiligten jemals kalkuliert hatten. Angesichts der Haushaltskrise musste der Rat handeln: Die CDU war bereit, für den ersten Bauabschnitt einmalig und letztmalig 37.500 € zu bewilligen; Pro Coesfeld wollte sogar noch stärker kürzen, schloss sich aber dann dem CDU-Vorschlag an. Wichtig war allen zweierlei: Im ersten Bauabschnitt wird die grundlegende Technik für das gesamte Museum installiert, es besteht aber keine Notwendigkeit, nach dem Start gleich das gesamte Museum fertigzustellen – weitergebaut werden kann Schritt für Schritt, wann immer etwas finanzierbar ist. Und: Die Verwaltung sollte Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, das Museum in eine freie Trägerschaft – naheliegender wäre etwa der Heimatverein – zu übergeben.

Eine wichtige Entscheidung ist mittlerweile gefallen: Als Projektleiter konnte Georg Veit gewonnen werden, der die Umsetzung des Konzepts koordinieren wird. Veit weiß um die prekäre finanzielle Lage der Stadt; er setzt auf bürgerschaftliches Engagement und hofft, dass die Begeisterung, mit der viele Coesfelder das Projekt vor Jahren begleitet haben, wieder aufflammt. Ein vollständiger Rückzug der Politik wäre freilich auch nicht wünschenswert: Denn trotz Zwang zur striktesten Sparsamkeit darf man bezweifeln, dass ein Trägerverein ein leeres Museum einfach übernimmt, aufbaut und komplett aus Eigenmitteln betreibt. Vermutlich wird es auch in Zukunft nicht ganz ohne öffentlichen Beistand gehen.



Pro Coesfeld e.V. dankt auch an dieser Stelle noch einmal den drei Ratsmitgliedern Dieter vor der Brüggen, Dieter Engbersen und Georg Veit, die die Ratsarbeit von 2004 bis 2009 engagiert mitgestaltet haben und dem neuen Rat nicht mehr angehören.

Kommunales 1 x 1:

Ausgleichsmaßnahmen & Ökopunkte

Eingriffe in Natur und Landschaft müssen nach § 18 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) durch Ausgleichsmaßnahmen oder Ersatzmaßnahmen kompensiert werden: Immer dann, wenn landwirtschaftlich genutzte Flächen, aber auch ausgewiesene Grünflächen und insbesondere Waldflächen für Wohngebiete, Gewerbegebiete oder auch – in der Landwirtschaft – für neue Stallungen, Wohn- oder Betriebsgebäude in Anspruch genommen werden, muss dieser Flächenverbrauch an anderer Stelle durch eine Aufwertung vorhandener Flächen ausgeglichen werden. Ausgewiesen sind alle diese Flächen in den Regionalplänen, den Gebietsentwicklungsplänen und in den Flächennutzungsplänen. Ziel ist es, das bestehende Gleichgewicht zwischen Natur und bebauter Umwelt zu erhalten. Gesetzlich sind diese Vorgaben im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), im Baugesetzbuch (BauGB) und im Landschaftsgesetz NRW geregelt.

Das Landschaftsgesetz verlangt, dass Ausgleichsmaßnahmen in unmittelbarer Nähe des Eingriffs durchgeführt werden, allerdings gibt es Ausnahmen: Im Extremfall kann der Ausgleich als „Ersatzmaßnahme“ auch räumlich weit entfernt von der Eingriffsstelle und sogar auf dem Gebiet einer anderen Gemeinde vorgenommen werden.

Die Qualität dieses Ausgleichs bemisst sich nach der Schwere des Eingriffs. Gering ist der Eingriff, wenn Grünflächen in Anspruch genommen werden, als höherwertig gilt das Fällen von Einzelbäumen, am hochwertigsten sind Waldgebiete, die eigentlich gar nicht angetastet werden dürfen.

Jeder Eingriff wird nach einem Berechnungssystem bewertet; daraus ergeben sich in der Summe die ausgleichenden „Ökopunkte“, die dann in Maßnahmen umgerechnet werden, z.B. das Anpflanzen von Bäumen. Bei der Aufstellung bzw. Änderung eines Bebauungsplanes werden immer auch Art und Umfang der Ausgleichsmaßnahmen festgelegt und letztendlich vom Rat der Gemeinde beschlossen.

Mittlerweile hat ein schwunghafter Handel mit Ökopunkten eingesetzt. An sogenannten Börsen können Ökopunkte erworben werden, ein praktisches Vorgehen für einen Bauherrn, denn mit dem Kauf der Ökopunkte entledigt er sich aller weiteren Verpflichtungen. Auch die Wirtschaftsbetriebe des Kreises Coesfeld bieten Ökopunkte zum Kauf an. Die Wirtschaftsbetriebe werten mit ihren Ökopunkten z.B. staunasses Ackerland zu extensiven Grünflächen oder zu hochwertigen Feuchtgebieten auf.

Übrigens: Werden auf dem Gelände eines geplanten Baugebiets geschützte Tiere nach dem europäischen Artenschutzabkommen gefunden, so müssen diese nach den gesetzlichen Vorgaben umgesiedelt werden.

Alles öko, alles gut?

Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien liegen voll im Trend, und der Staat fördert mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz gezielt die Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Waren die Pro Coesfelder also schlecht beraten, als sie vor Jahren gegen den Bau des Biomasse-Kraftwerks der Firma BioCon Invest Sechste KG auf dem Gelände der alten Ziegelei Kuhfuss stimmten?

Das sieht die Wählergemeinschaft anders: Ziel der Anlage war es, im großen Umfang Getreide zu verstromen – angeblich, so der Betreiber damals, nur minderwertiges Getreide aus dem direkten Umland. Doch da durfte man zweifeln: So viel minderwertiges Getreide ist im Umland gar nicht vorhanden – und wird das Getreide über weite Strecken herangeschafft, ist der ökologische Effekt gleich Null. Seither sind die Getreidepreise aber deutlich angestiegen, und manchen Entwicklungsländern drohen bereits Engpässe bei der Getreideversorgung, weil ein wichtiges Grundnahrungsmittel in wach-

sendem Umfang der Energieerzeugung dient: Gute Gründe also für Pro Coesfeld, „Strom aus Weizen“ weiterhin abzulehnen. (Das Biomassekraftwerk auf dem Brink liefert übrigens immer noch keinen Strom ins Netz; lt. Pressemeldung haben verbliebene Gesellschafter sich bereits von BioCon Invest getrennt.) Im Gegensatz dazu setzen einige Landwirte in der Umgebung von Coesfeld auf kleine Biogasanlagen, in denen hauptsächlich Gülle (unter Beimischung von Energiepflanzen) vergoren wird. Erzeugt wird damit nicht nur Strom, sondern auch Wärme – etwa in der geplanten Biogasanlage im Industriepark Flamschen (ehem. Kasernengelände). Geruchsbelästigungen für Anwohner sind dort nicht zu befürchten, und die Abwärme ist für die Gewerbebetriebe durchaus nutzbar. Ein Konzept also, das vor Ort funktionieren dürfte und nebenher auch noch zur Lösung des Gülleproblems beiträgt: Diesem Modell steht Pro Coesfeld positiv gegenüber.

Wohnen am Kulturquartier

Am 25. März 2010 beschloss der Rat den Ankauf des ehemaligen Geländes der Strumpffabrik Dieninghoff, welches bis vor kurzem von der Fa. Ostendorf genutzt wurde und in deren Eigentum stand. Durchaus in Kenntnis der bedrohlichen finanziellen Lage der Stadt nahmen die Vertreter der etablierten Parteien – mit Ausnahme der Grünen – dabei eine Fortsetzung der althergebrachten Schuldenpolitik in Kauf. Denn dass die Stadt diese Grundstücke rasch und kostendeckend veräußern kann, ist alles andere als sicher – und das Projekt birgt viele weitere Risiken, die heute noch gar nicht beziffert werden können.

Bürgermeister Öhmann hat es auf dem Stadtempfang selbst öffentlich gemacht: Die finanziell angeschlagene Stadt (siehe S. 3) wird das Gelände für rund 1,5 Mio. Euro kaufen und in Eigenregie vermarkten. Die Schadstoffbelastung aus der vorherigen Nutzung habe man im Griff, hieß es aus der Verwaltung; an anderer Stelle wurde aber eingeräumt, dass natürlich noch Risiken vorhanden seien, denn bekanntlich sei es „vor der Schuppe dunkel“, die Schadstoffbelastung könne also höher sein als bisher durch Gutachten belegt.

Kein Bauland mehr?

Notwendig sei das Projekt zu diesem Zeitpunkt vor allem, weil größere Wohnbauflächen in Coesfeld fehlten. Im Baulandbeschluss des Rates aus der Wahlperiode 2004–2009 sah dies noch ganz anders aus: Da sollten eigentlich keine neuen Baugebiete

erschlossen werden, Vorrang hatten die Schließung von Baulücken und eine Entwicklung bestehender Flächen, darunter das Gelände der aufgelösten Brinker Schule, versiegelte Flächen in Innenstadtnähe wie Liegenschaften an Steillweg oder Daruper Straße, aber auch Flächen, die im Rahmen von erschlossenen Baugebieten noch unbebaute Grundstücke ausweisen.

Folgt man alten Protokollnotizen, so sollte auch das Gelände des Hengtesportplatzes nach Fertigstellung der Kunstrasenplätze in Bauland umgewandelt werden. Diese Flächen aber gelten jetzt als nicht vergleichbar, denn man hofft auf Interessenten, die ausschließlich die gehobene Wohnlage am „Kulturquartier“ im Auge haben. Da stellt sich allerdings die Frage, was außer den zu erwartenden Kosten an dieser Wohnlage so gehoben ist: Eine ruhige Wohnlage sieht sicherlich anders aus als ein Gelände zwischen Bahngleisen (mit künftig halbstündlich verkehrenden Zügen) und der vielbefahrenen Osterwicker Straße, nahe am großen Parkplatz für Konzerttheater und Sportstätten, wobei Letztere an Wochenenden sicherlich ebenfalls für Lärmbelastung sorgen dürften. Da sollten die Streitigkeiten beim Bau des COEBades eigentlich eine Warnung sein.

Um es deutlich zu betonen: Pro Coesfeld sieht eine Wohnbebauung an dieser Stelle zum jetzigen Zeitpunkt kritisch und schätzt die Risiken hinsichtlich der Schadstoffentsorgung, Kosten und Zeitspanne der Vermarktung bei der derzeitigen Haushaltslage als zu hoch ein.

Kommentar

Seniorenprojekt oder Seniorenbeirat?

Seit Monaten hatte die CDU im Einklang mit der Stadtverwaltung die Coesfelder Seniorenverbände und -einrichtungen auf das Seniorenprojekt „Aktiv im Alter“ eingeschworen. Der Grund: Pro Coesfeld hatte schon vor der Kommunalwahl 2009 den Antrag auf Errichtung eines Seniorenbeirates gestellt. Die Begründung von Pro Coesfeld: Der Beirat solle Wünsche, Wissen und Erfahrung der älteren Generation in die Politik einbringen. Beispiele: Laut Landesseniorenvertretung NRW gibt es Seniorenbeiräte in Bocholt, Haltern, Lüdinghausen, Rheine, Altenberge, Münster, Ascheberg und weiteren 140 Städten in NRW. Ein Seniorenbeirat setzt sich aus Bürgern zusammen, die weder Rats- noch Ausschussmitglieder sein sollten und vom Rat bestellt werden.

Der demographische Wandel lässt bekanntlich die Gruppe der Senioren und damit auch die Bedeutung der Seniorenpolitik wachsen. Keine reine Parteienangelegenheit, glaubt Pro

Coesfeld, denn neue Wege in der Seniorenpolitik können nur gemeinsam mit den betroffenen Senioren begangen werden.

Die Verwaltung konnte allerdings noch keinen Bedarf für einen Seniorenbeirat erkennen. Das von der CDU – in schönster Eintracht mit der Verwaltung – propagierte Seniorenprojekt „Aktiv im Alter“ sieht lediglich die Installierung eines „Gesprächskreises für Seniorenangelegenheiten“ und den „Aufbau eines Seniorennetzwerkes“ vor.

Pro Coesfeld begrüßte diese Seniorenprojekte durchaus, wünschte aber darüber hinaus als dauerhafte Institution einen echten Seniorenbeirat, der die Fachkompetenz, die Praxiserfahrungen und die Bedürfnisse der älteren Generation auch dann noch in die politischen Gremien einbringen kann, wenn Einzelprojekte längst abgeschlossen sind. Und das Ergebnis? Pro Coesfeld und die SPD wurden im Rat von der Mehrheit aus CDU, FDP und Grünen überstimmt.

Interview zu Fragen der Seniorenpolitik mit Klaus Pantförder, dem Kreisvorsitzenden des Seniorenverbandes BRH siehe www.pro-coesfeld.de



Endlich sparen oder Das Ricola-Syndrom

„Wer hat's erfunden?“ Jeder kennt diesen mit Schweizer Dialekt unterlegten Spruch aus der Fernsehwerbung, in der ein Schweizer ein paar frierenden Finnen erklärt, woher das Kräuterbonbon wirklich stammt.

„Wer hat's vorgeschlagen?“ Vorgesprochen und dafür heftige Schelte seitens der anderen Ratsfraktionen und am nächsten Tag eine schwere Rüge in der Presse kassiert? Pro Coesfeld.

Um Kräuterbonbons ging es im Rat natürlich nicht. Welchen schrecklich unanständigen Antrag hatte Pro Coesfeld aber nur gestellt, dass die Vertreter der anderen Fraktionen so empört protestierten und um Fassung rangen, als habe die Wählergemeinschaft soeben die Sprengung des Rathauses gefordert? Pro Coesfeld hatte in der Hauptausschusssitzung am 17.02.2008 angesichts der schon damals prekären Haushaltslage den Vorschlag unterbreitet, doch bitte die Verwaltung zu beauftragen, in den einzelnen Budgets nach weiteren Sparpotenzialen zu suchen.

Wer sonst wenn nicht die Fachleute aus den einzelnen Bereichen könnte besser aufdecken, wo noch weitere Sparpotenziale steckten (zumal das Haushaltsbuch nicht sonderlich transparent ist und als Grundlage für konkrete Vorschläge kaum ausreicht). Die Mitarbeiter der Verwaltung sollten also vorschlagen und Konsequenzen aufzeigen, die Entscheidungen und die Verantwortung bliebe aber bei der Politik, so Günter Hallay damals im Ausschuss.

„Das ist eine Beleidigung für die Verwaltung“, empörte sich die CDU; die Grünen beklagten damals „Pro Coesfelds unverschämten Populismus“, und

die SPD war sich sicher: „Die Verwaltung hat ihre Hausaufgaben gemacht.“ „Es bringt nichts, die Dinge einfach wieder an die Verwaltung zurückzugeben“, grummelte auch die FDP, und eine Ratsfrau erklärte treuherzig, wenn es irgendwo auch nur einen Cent zu sparen gäbe, hätte die Verwaltung ihn gewiss schon längst eingespart.

Am ernsthaften Sparwillen zweifelten später aber auch Grüne und FDP, die den Haushalt 2010 gemeinsam mit Pro Coesfeld ablehnten. Und zwei Jahre und fast fünf Monate nach jenem Eklat – und natürlich nach der Kommunalwahl – berichtete der Bürgermeister in der Hauptausschusssitzung am 20.05.2010 zum ersten Mal recht eindrucksvoll von der desolaten finanziellen Lage Coesfelds. Dabei forderte Bürgermeister Öhmann eindringlich zusätzliche Sparmaßnahmen in allen Budgets des Haushaltes. Kein Budgetbereich, Ausgabe wie Einnahme, dürfe ausgeschlossen werden, jeder bedürfe einer ausnahmslosen Überprüfung, so das Sitzungsprotokoll.

Sofort zog die CDU eine – wohlvorbereitete – Überraschung aus dem Hut: Den Auftrag an die Verwaltung, in allen Bereichen zusätzliche Sparpotenziale zu ermitteln und der Politik zur Entscheidung vorzulegen. Geschrei und Protest wie beim gleichen Antrag von Pro Coesfeld? Fehlanzeige. Denn allmählich dämmerte es wohl der Mehrheit: Es gibt kein Zuckerschlecken mehr (und keine Kräuterbonbons), sondern nur noch bittere Pillen. Bleibt zu wünschen, dass auch die CDU in Coesfeld das Sparen endlich ernsthaft angeht. Erfunden aber hat sie es ganz sicher nicht.

Geheimniskrämerei?

Zu viel werde in der Coesfelder Politik in Hinterzimmern ausgehandelt und komme nicht an die Öffentlichkeit, hatte die Wählergemeinschaft Pro Coesfeld von Anfang an kritisiert und mehr Transparenz gefordert. Und nun hört man gelegentlich von einer „interfraktionellen Arbeitsgruppe“, in welcher Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung unter Ausschluss der Öffentlichkeit über Einsparmöglichkeiten diskutieren. Wurde hier vielleicht ein neues Hinterzimmer eingerichtet?

Die Risiken sind den Pro Coesfeldern sehr wohl bewusst: Was in einer solchen Runde vorbesprochen wird, muss vertraulich bleiben; gibt es ein gutes Ergebnis, gehört der Erfolg allen, und hagelt es Kritik, trifft sie jeden. Politischer Streit ist eben schwer, wenn man vorher im Hinterzimmer mit dabei war.

Andererseits: Auf die katastrophale Haushaltslage und die Notwendigkeit, drastisch zu sparen, hat die Wäh-

lergemeinschaft ja schon seit Jahren hingewiesen – ohne Erfolg im Rat und in den Ausschüssen, wo die Mehrheiten des alten Rates den bequemen Weg lange nicht verlassen wollten. Diesen alten Rat aber gibt es jetzt nicht mehr: eine große Chance, das Sparen endlich ernsthaft zu beginnen. Wer aber in einer heiklen Frage wirklich auf Veränderungen setzt, tut sich manchmal leichter, wenn in kleiner Runde vorberaten wird, statt gleich zu jedem Thema eine Presseerklärung abzugeben. Pro Coesfeld sieht in dieser Arbeitsgruppe also eine echte Chance, gemeinsam mit den anderen Parteien konkrete Ergebnisse zu erzielen – in einer sachlichen Atmosphäre. Und letztlich ist für Transparenz gesorgt: Die Fraktionen und die Arbeitskreise der Parteien und der Wählergemeinschaft sind in die Debatten eingebunden, stellen Fragen und steuern eigene Vorschläge bei. Und am Ende entscheidet ohnehin der Rat – öffentlich.

Im zweiten Anlauf

2008 hatten die Pro Coesfelder es schon einmal versucht: die Sitzungszeiten des Rates und der Ausschüsse nach hinten zu verlegen, weil es für Berufstätige zunehmend unmöglich wird, sich werktags um

17 oder gar um 16 Uhr im Coesfelder Rathaus einzufinden. Selbst der Vorstand der CDU signalisierte in der Presse Zustimmung, denn alle Parteien haben mittlerweile Probleme, noch Kandidaten für ehrenamtliche Mandate zu finden. Im Rat freilich standen die Pro Coesfel-

Chancen nutzen

Der Industriepark Flamschen

Schon als sich abzeichnete, dass die Bundeswehr ihren Standort in Flamschen in einigen Jahren aufgeben würde, setzten erste Überlegungen ein: Was tun mit einem so großen Areal? Denkbar war vieles, bis hin zu der Idee, einfach gar nichts zu unternehmen und das Gelände der Natur zu überlassen. Doch dann wurde schnell klar, dass Coesfeld ein Problem mit Gewerbeflächen hat: Große Vorräte gibt es nicht mehr, und die Erweiterung des Otterkamps wäre vermutlich deutlich teurer als die Umnutzung des erschlossenen Kasernengeländes – von der Problematik ganz zu schweigen, dass eine weitere Versiegelung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen aus vielen Gründen nicht wünschenswert ist. Im richtigen Moment wurde die Firma Krampe aktiv und nutzte als erstes Unternehmen die Chance, sich auf dem Kasernengelände einen großen Komplex für eine Produktionsanlage zu sichern. Damit war ein wichtiger Schritt getan, und auch in der Coesfelder Politik war den meisten bald klar: Hier kann produziert werden, hier können künftige Gewerbesteuerzahler Arbeitsplätze schaffen, ohne dass Flächen neu versiegelt werden müssen – diese Chance durfte man sich nicht entgehen lassen. Im Übrigen hat die Stadt Coesfeld mit dem Gelände eine im weiten Umkreis einmalige Sonderstellung, denn Flamschen eignet sich

nicht nur als Gewerbepark, sondern auch als Industriegebiet: Wegen des großen Abstands zu jeder Wohnbebauung stellen Lärm- und Geruchsemissionen kein Hindernis dar, hier können sich also auch Betriebe ansiedeln, die nirgendwo sonst im Umland einen Standort finden. Bleibt die Frage, ob der Ankauf des Geländes durch die verschuldete Stadt überhaupt vertretbar war. Auch die meisten Pro Coesfelder, sonst keine Freunde einer spendablen Verwaltung, ließen sich dieses Mal überzeugen: Der Grunderwerb (1,3 Mio €) wird über drei Jahre in Teilzahlungen fällig, und für die nicht unerheblichen Erschließungs- und Rückbaukosten gibt es bei einem Kompletterwerb Fördermittel. Und schließlich lassen sich gute Industrieflächen dann am besten vermarkten, wenn man darauf Zugriff hat: Muss die Stadt einen Interessenten nach Vorgesprächen noch an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BimA) verweisen, werden die Abläufe für alle Beteiligten deutlich komplizierter. Im Rat waren sich die meisten Pro Coesfelder daher einig: Für den Wirtschaftsstandort Coesfeld, aber auch aus ökologischen Erwägungen gab es aus Sicht der Fraktionsmehrheit keine Alternative zum Kauf des Kasernengeländes. Die Stadt Coesfeld wird diese Fläche für ihre künftige Entwicklung dringend benötigen.

Sachkundige Bürger

Bürgernähe ist bei Pro Coesfeld mehr als nur ein Schlagwort: In den Arbeitskreisen der Wählergemeinschaft, die die Ratspolitik entscheidend mitbestimmen, sind viele Bürgerinnen und Bürger tätig, die ansonsten nicht im Rampenlicht stehen (wollen). Und wo immer das möglich ist, entsendet Pro Coesfeld gern sachkundige Bürger in die politischen Gremien – nicht so sehr zur Entlastung der Fraktion, sondern vor allem, um möglichst viele engagierte Mitglieder aktiv mit einzubeziehen. Die Namen mancher Ratsmitglieder liest man häufiger in der Zeitung; hier einmal eine andere Liste – die Namen der Pro Coesfelder, die sich als sachkundige Bürger in Gremien für ihre Stadt einsetzen:

Michael Banneyer

Mitglied im Ausschuss für Kultur, Schule, Sport

Eberhardt Ernsting

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren, Soziales und im VHS-Ausschuss

Stefanie Kühle

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren, Soziales

Helga Lammers

Mitglied im Bezirksausschuss Lette

Josef Schulze Spüntrup

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Planen, Bauen

Günter Thier

Stellvertretendes Mitglied im Betriebsausschuss des Abwasserwerkes

Heinz Volmer

Stellvertretendes Mitglied im Bezirksausschuss Lette

Ludger Wachsmann

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur, Schule, Sport

Andreas Walde

Mitglied im Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren, Soziales; stellvertretendes Mitglied im Bezirksausschuss Lette

Augustin Weiling

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Planen, Bauen

Paul Zumbült

Mitglied im Bezirksausschuss Lette

der wieder einmal ganz allein: Sitzungen am Abend seien ja auch nicht so schön, hörte man, und in der CDU-Fraktion wollte man von irgendwelchen Terminproblemen berufstätiger Menschen noch nie etwas gehört haben. Nach der Kommunalwahl unternahmen die Pro

Coesfelder einen zweiten Anlauf, und siehe da: Die SPD war zwar immer noch nicht begeistert, aber der neuen CDU-Fraktion waren diese Schwierigkeiten gar nicht mehr so fremd. Seither beginnen die meisten Sitzungen tatsächlich um 18 Uhr.



Die Berkelterrassen

Im September 2009 präsentierte Pro Coesfeld ein weitgehend neues Konzept: Die Berkel hinter der Post terrassenförmig zu öffnen und wieder erlebbar zu machen und damit einen letzten arg vernachlässigten Teil der Innenstadt aufzuwerten.

Vorschläge gab es auch für eine neue Nutzung des Postareals, Handlungsbedarf aber sahen die Fachleute der Wählergemeinschaft vor allem bei der Berkel, denn u.a. im Rahmen der EU-Wasserrahmenrichtlinie, aber auch für die ökologische Aufwertung als innerstädtische Ausgleichsfläche gibt es erhebliche Fördermittel, von denen Coesfeld profitieren könnte. Und dann stand ja auch noch die Regionale 2016 zur Debatte. Aus der Öffentlichkeit erhielten die Pro Coesfelder viel Zuspruch für diese Idee. Die Verwaltung hielt sich allerdings eher bedeckt, und hinter vorgehaltener Hand erfuhr man aus anderen Fraktionen: Eigentlich gar nicht übel, aber wegen des Wahlkampfes leider der falsche Zeitpunkt – da müssen wir ablehnen, sorry. Kategorisch Nein zu sagen trauten die anderen sich dann zwar doch nicht,

aber die CDU präsentierte in bekannter Manier rasch einen eigenen Antrag: Die Verwaltung möge erst einmal Chancen ausloten und klären, was eventuell machbar sei und was nicht. So kann man ein Projekt auch elegant beerdigen – oder genug Zeit ins Land gehen lassen, um die Idee irgendwann selbst aufzugreifen.

Pro Coesfeld hat das Thema jedenfalls nicht vergessen, denn die Chance, auch diesen eher tristen Teil der Innenstadt zu beleben und den hässlichen Wassergraben wieder in einen Fluss zu verwandeln, sollte sich die Stadt eigentlich nicht entgehen lassen. Coesfeld hat in den letzten Jahren einige sichtbare Schritte nach vorn getan, und speziell die Belebung des Marktplatzes hat der Stadt gutgetan. Nach einer ansprechenden Gestaltung der Innenstadtbekel könnte auch dieses Gelände für private Investoren durchaus attraktiver werden. Vielleicht kann ein renaturiertes Stück ja zeigen, was die Berkel einmal war: ein Fluss, der Städte und Dörfer im Münsterland geprägt hat. Die Berkel gehört nicht in Beton und Abwasserrohre!

Ralf Groß-Holtick heute

Im Sommer 2009 war der Coesfelder Wahlkampf spannend wie lange nicht mehr: Ralf Groß-Holtick, überregional angesehener Haushaltssanierer und Bürgermeister in Velen-Ramsdorf, verzichtete auf seine sichere Wiederwahl und kandidierte als parteiloser Bewerber für das Bürgermeisteramt in Coesfeld. Eine solche Alternative hatten im Vorfeld auch Vertreter anderer Fraktionen gefordert. Dann aber versagten sie dem von Pro Coesfeld präsentierten Groß-Holtick ihre Unterstützung, und die SPD schickte gar einen eigenen Kandidaten ins Rennen – und besiegelte mit diesem Schachzug das Schicksal des Herausforderers. Als fairer Verlierer gratulierte Groß-Holtick dem Amtsinhaber gleich nach der ersten Hochrechnung zum Wahlsieg. Sicher hat der Neue einen Plan B, vermuteten damals viele Coesfelder. Irgendwelche Sicherheiten muss es doch geben – wer setzt

denn schon so ohne weiteres seine Laufbahn aufs Spiel? Aber den Plan B gab es wirklich nicht; Groß-Holtick war einfach konsequenter seiner Überzeugung gefolgt, ohne Risikobereitschaft sei beruflich nichts zu erreichen.

Ein Dreivierteljahr war er tatsächlich ohne Arbeit, führte Gespräche und suchte nach einer neuen Aufgabe. Am 01.07.2010 trat er dann seine jetzige Stelle an: Als Generalbevollmächtigter der Landsberg'schen Zentralverwaltung und Geschäftsführer der Sport Schloss Velen GmbH ist der gelernte Jurist verantwortlich für die wirtschaftliche Entwicklung der Besitztümer des Freiherrn von Landsberg-Velen – und für mehr als 100 Mitarbeiter an mehreren Standorten. Ein vielseitiges Aufgabengebiet also, bei dem Groß-Holtick erneut seine Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen unter Beweis stellen kann.

Vorläufige Bilanz

Schon im August 2009 legte die Pro Coesfelder Rundschau den Finger in die Wunde: „Die Eröffnungsbilanz, die das Vermögen der Stadt auflistet, steht trotz vielfacher Anmahnung immer noch aus. Man redet bei der Stadt vom ‚vorläufigen Entwurf‘.“ Gemeint war da übrigens nicht eine Bilanz des Jahres 2009, sondern die Bilanz zum 01.01.2007. Zugesagt war sie in all den Jahren schon mehrfach, zuletzt hatte der Bürgermeister im Wahlkampf versprochen, sie noch 2009 dem alten Rat vorzulegen. Und heute, ein Jahr später? Lässt die Bilanz noch immer auf sich warten – und die Haushaltsjahre seit 2007 kann die Stadt bisher nur „vorläufig“ abschließen, da ja noch die Basis fehlt. Wenn man im Geld schwimmt, mag das ja noch angehen; aber jetzt stehen harte Einschnitte bevor, um die Finanzen der Stadt zu retten: das geht nicht mehr mit Provisorien. Am Abbau des Haushaltsdefizits führt kein Weg mehr vorbei – aber wenn dieser Weg mit dem gleichen Elan beschritten wird, den die Stadt bei der Bilanz an den Tag legt, sind die eifrigen Bemühungen ums Sparen vielleicht auch nur ... vorläufig.

Impressum

Verantwortlich: Im Auftrag der freien Wählergemeinschaft: Robert Böyer.

Pro Coesfeld, Postfach 1742, 48637 Coesfeld.

E-Mail: redaktion@pro-coesfeld.de

Für den Vorstand: Dr. Günter Kirstein, Paul Zumbült, Heinz Volmer, Uwe Hesse.

Für die Fraktion: Günter Hallay, Hans-Theo Büker, Hermann-Josef Peters.

Das Zeitungsteam: Dr. Thomas Pago, Uwe Hesse, Robert Böyer.

Auflage: 12.000 · Redaktionsschluss: 15. Oktober 2010

Streit um Schulsanierung

Eine heftige Debatte über die Sanierung von Schulen entbrannte im Sommer 2010. Im Rahmen der Förderprogramme wurden nämlich bei einer Reihe von Coesfelder Schulen wichtige Sanierungsarbeiten durchgeführt. Nur die Martin-Luther-Schule, deren Sanierung ebenfalls beschlossen war, ging am Ende (fast) leer aus.

Dabei sahen die Beschlüsse des Rates eigentlich etwas ganz anderes vor. Einstimmig beschloss der Rat im März 2009, die Martin-Luther-Schule vorrangig beim sog. Investitionspakt 2009 des Landes NRW anzumelden; sollte die Schule dabei nicht zum Zuge kommen, seien Mittel aus dem Konjunkturpaket II zu beantragen. Und im Juni forderte der Rat, die energetische Sanierung der Martin-Luther-Schule auf jeden Fall anzugehen, auch ohne Landesförderung.

Vor diesem Hintergrund war die Verwirrung verständlicherweise groß, als bekannt wurde, dass Bundesmittel zwar bewilligt waren, aber nicht mehr in Anspruch genommen werden sollten. Stattdessen beantragte man Mittel aus dem Investitionspakt, die zu erheblichen Energieeinsparungen führen würden – so hieß es zumindest. Doch am Ende wollte die Verwaltung die Fördermittel für die Martin-Luther-Schule überhaupt nicht mehr abrufen – und auch den städtischen Eigenanteil weitgehend für andere Zwecke reservieren. Trotz heftiger Proteste seitens der Schule fand die

ser „Sparvorschlag“ im Rat eine Mehrheit – vergeblich hatte Pro Coesfeld beantragt, der Schule wenigstens die 125.000 € Eigenmittel zu belassen.

Gegen Wirtschaftlichkeit haben die Pro Coesfelder natürlich nichts einzuwenden, aber Sparmaßnahmen ausgerechnet bei den Grundschulen halten sie für problematisch. Natürlich hat die Stadt Coesfeld in Schulsanierungen investiert: Aber die Schüler besuchen nun einmal nicht „die Coesfelder Grundschulen“, sondern ihre jeweilige Schule. Es geht also um die einzelnen Schulen, die ja untereinander im Wettbewerb stehen, und damit auch um Chancengleichheit, eine Vielfalt der Schulstandorte und eine faire Verteilung der begrenzten Mittel. Kein Wunder, dass manche Eltern verdeckte Absichten vermuteten: Sollte hier – langfristig – ausgerechnet die einzige evangelische Schule infrage gestellt werden? Denn die Kinderzahlen gehen überall zurück – und wer Fördermittel einsetzt, verpflichtet sich, ein Gebäude langfristig als Schule zu nutzen. Als Pro Coesfeld die Frage im Rat zur Sprache brachte, gab es empörte Reaktionen: Daran sei natürlich nicht gedacht, und die Schule gefährde nur, wer einen solch haltlosen Verdacht äußere oder überhaupt den Eindruck erwecke, die Schule sei sanierungsbedürftig. Mit Schulschließungen haben die Pro Coesfelder aber ihre leidvollen Erfahrungen, und so können sie den Eltern nur raten: Bleibt wachsam!

Was wird aus dem Gemeindeplatz in Lette?

Liest man den Jubelbericht der AZ vom 08.06.2010 „Letter Kirmes wieder mitten auf der Straße“, dann können Nicht-Letteraner nur vor Neid erblasen. Der Bericht suggeriert dem nicht informierten Leser, dass den Letteranern hier ein besonderes Entgegenkommen serviert wird, da bereits „zum dritten Mal die Kirmes auf der Freifläche mitten in Lette stattfindet“.

Tatsache ist aber, dass der Ausbau des Gemeindeplatzes eigens für diese Kirmes einst über 1 Mio. DM gekostet hat; jetzt wird die Kirmes von diesem Gemeindeplatz einfach auf die für mehrere Tage gesperrte ehemalige innerörtliche Hauptverkehrsader B 474 verlagert. Diese Verlagerung hat die Verwaltung keineswegs mit den betroffenen Anliegern, die erhebliche Nachteile (Lärm, Warenanlieferung, Umsatzeinbußen, Zufahrtsbehinderungen) in Kauf zu nehmen haben, diskutiert bzw. abgesprochen. Als Begründung diente, der Gemeindeplatz sei wegen ungenügender Befestigung des Untergrundes für derartige Veranstaltungen nicht mehr geeignet – und das, obwohl er schon jahrzehntelang für die Kirmes genutzt wurde. Die Verwaltung hatte also immerhin ca. 30 Jahre Zeit, diesen angeblichen Mangel zu erkennen und zu beseitigen. Als zusätzliches Argument führt die Verwaltung nun auch noch den Sparzwang ins Feld, der aber ebenfalls schon seit Jahren vorhersehbar war.

Erfreulicherweise hatten mehrere Letteraner Vereine sich spontan bereit erklärt, die Ausbaurbeiten am Platz weitgehend in Eigenregie zu übernehmen; die Verwaltung hatte die erforderlichen Ausbaurkosten zunächst mit 30.000 € beziffert. Die neueste

Kostenanalyse der Verwaltung ist aber nun schon bei imposanten 250.000 € (und das trotz Sparzwang!) angelangt, sodass die Vereine kapitulieren mussten. Waren aus fachlicher Sicht wirklich keine Lösungen denkbar, bei denen man das ehrenamtliche Engagement hätte nutzen können, ohne die Vereine zu überfordern?

Offensichtlich wird auch die Chance vertan, Gelder aus dem Leader-Programm zu nutzen – denn der Platz könnte ja im Sinne der Tourismusförderung attraktiv aufgewertet werden. Nach diesen Querelen haben erste Schausteller bereits der Kirmes in Lette wegen unzumutbarer Aufbauverhältnisse den Rücken gekehrt, weitere sind verärgert, sodass die Kirmes in Lette wohl ein Auslaufmodell werden dürfte. Hinzu kommt noch, dass auch dem Werbering die Veranstaltung auf dem Gemeindeplatz untersagt wird.

Vor diesem Hintergrund und angeregt durch Hinweise aus der Bürgerschaft favorisiert Pro Coesfeld/Lette den Ausbau des Gemeindeplatzes zum Mehrgenerationenplatz, um die Attraktivität unseres Dorfes zu erhöhen, den Platz sinnvoller zu nutzen und besser zu gestalten. In dieses Konzept passt auch der Vorschlag von Pro Coesfeld/Lette, einen Teil des Platzes außerhalb der Belegungszeiten durch die Vereine als Parkfläche zu nutzen. Es geht nicht an, dass z. B. bei Beerdigungen die Privatparkplätze des Edeka-Marktes regelmäßig für Kunden blockiert sind. Auch ein weiterer Ausbau des Kinderspielplatzes und die Aufstellung von Fitnessgeräten auf dem Gemeindeplatz sollten in Angriff genommen werden – in dieser Hinsicht hat uns Dülmen leider bereits den Rang abgelaufen.